

Schwäbische Zeitung

Erscheint am Dienstag und Freitag. — Monatsbezugspreis RM. 1.70 samt Beförderungsgeld und Trägergeld, durch die Post RM. 1.60 zuzüglich RM. 0.24 Post-Zustellgebühr. — Anzeigenpreise für den lokalen und allgemeinen Teil nach Preistarif vom 1. März 1946 — Adresse: Schwäbische Zeitung, Leutkirch, Poststr. 22, Tel. 212. — Geschäftsstelle Rottweil, Waldstr. 4, Tel. 322. — Verlagspostamt Friedrichshafen a. B. Rottweil/Schwenningen Schramberg/Oberndorf/Horb 3 Calw/Freudenstadt

Dienstag, den 30. September 1947

ORGAN DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION

Nr. 78 / Jahrgang 3 / Preis 20 Pfg.

Meinungsstreit zweier Welten

Zwischen Marshall-Plan und Veto-Recht wogt die Debatte hin und her

Washington. — Präsident Truman hat auf einer Pressekonferenz den Bericht der sechzehn westeuropäischen Staaten eine Kraftanstrengung ohne Gleichen, den ersten wichtigen und ermutigenden Schritt zur wirtschaftlichen Stabilität Europas und zum Weltfrieden genannt. Er wolle versuchen, sagte der Präsident, ohne eine Sondersitzung des Kongresses das Problem einer vordringlichen einseitigen Hilfeleistung zu lösen, ehe der Marshall-Plan in Kraft trete. Man rechnet damit nicht vor Sommer 1948. Truman forderte seine Landsleute auf, ihren Lebensmittelverbrauch nach Möglichkeit einzuschränken. Es sei unmöglich, daß die Vereinigten Staaten die Völker Europas Hunger leiden ließen. Jedes Jahr könnten sieben Millionen Scheffel Brotgetreide gespart werden. Die lateinamerikanischen Staaten würden der Union helfen, den europäischen Bedarf zu decken. Trotz allen Drängens widerstand der Präsident den Bitten, sich zu Wischinskys Rede vor den Vereinten Nationen zu äußern. Er sagte lediglich, diese Erklärungen sprächen für sich selbst.

Auch Staatssekretär Marshall äußerte sich positiv über den Sechzehnerbericht. Die Vereinten Nationen sollen sich, wie übrigens auch Frankreich, mit einem englischen Vorschlag einverstanden erklären haben, die Außenministerkonferenz in London um einige Wochen zu verschieben, damit sie nicht mit der Schlußphase der Session der Vereinten Nationen zusammenfalle. Man rechnet damit, daß die Hauptversammlung etwa zwei Monate in Anspruch nehmen wird. Auch die Vorberatungen der stellvertretenden Außenminister, die am 6. Oktober beginnen sollten, dürften um etwa einen Monat verschoben werden. Für die eigentliche Konferenz halten Großbritannien und die Vereinigten Staaten den Termin des 25. November für richtig.

In der Hauptversammlung der Vereinten Nationen haben die Vereinigten Staaten jetzt den von Marshall in seiner Rede gemachten Vorschlag einer Zwischenkommission formell eingeschlagen. Für den Vorschlag hat sich Eden in einer Rede in Portsmouth ausgesprochen. Das Problem des Vetorechts liege nicht im Mechanismus oder in der Definition, sondern in der geistigen Verfassung, in der von ihm Gebrauch gemacht werde. Auf Wischinskys Angriffe antwortete der konservative Politiker mit der Feststellung, daß die Sowjetregierung mehrere Militärpakte abgeschlossen habe, über die in der Welt niemals diskutiert worden sei. Von der Hinrichtung Petkoffs sagte er, sie habe ihn entsetzt. Die amerikanische Delegation in der politischen

Kommission der Hauptversammlung der Vereinten Nationen hat vorgeschlagen, einen Sonderausschuß für den Balkan einzusetzen.

Auf einer Pressekonferenz, an der mindestens fünfhundert Personen teilnahmen, wiederholte Wischinsky seine Angriffe gegen die Personen, die er beschuldigt hatte, Propagandisten eines Krieges gegen die Sowjetunion zu sein. Von dem britischen Staatsminister Mac Neil sagte er, dieser sozialistische Politiker habe sich auf die Seite Churchills gestellt. Auf die Frage, wo die Pressefreiheit bleibe, antwortete er, man könnte Propaganda zum Kriege gegen die Sowjetunion durch Gesetz den gemeinen Verbrechen gleichstellen. Jeder, der den Krieg vorbereite, sei mit Hitler zu vergleichen.

Einen Vorstoß gegen den Marshall-Plan unternahm der polnische Delegierte Lange, indem er von der Vollversammlung eine Entschließung verlangte, die verbiete, außerhalb der Vereinten Nationen ein System einzuführen, das die großen internationalen wirtschaftlichen Probleme lösen solle.

Im Sicherheitsrat machte der sowjetische Vertreter Gromyko die Aufnahme Italiens in die Vereinten Nationen von der gleichzeitigen Zulassung Bulgariens, Finnlands, Ungarns und Rumäniens abhängig. China und Frankreich protestierten gegen Bulgarien, die Vereinigten Staaten gegen Ungarn. Der belgische Vertreter nannte die sowjetischen Bedingungen nicht mit der Charta vereinbar. Sir Alexander Cadogan gebrauchte den ungewöhnlichen Ausdruck „betrügerisch“. Sein australischer Kollege Hodgson sprach von erpresserischem Vorgehen, während der Amerikaner Johnson wenigstens eine willkürliche Auslegung des Potsdamer Vertrages feststellte. Der Leiter der sowjetischen Delegation in der gemeinsamen Kommission für Korea soll den gleichzeitigen Abzug der amerikanischen und sowjetischen Besatzungstruppen im Jahre 1948 vorgeschlagen haben.

Die französische Regierung hat in einer Note zur Ruhrfrage ihre Befürchtung mitgeteilt, daß der Industrieplan für die Bizone eine Aenderung in der Verwaltung des Ruhrgebiets eine endgültige Regelung erschweren und in gewisser Weise vorwegnehmen könnte. Nur eine internationale Verwaltung und Kontrolle des Ruhrbeckens käme in Frage. Frankreich habe weiter Bedenken, die Leitung der Gruben Deutschen zu übertragen. Vier Ruhrkohlenruben sind französischer Besitz, zwei davon Eigentum des Staates. Frankreich protestiert, daß etwa auch diese Gruben eine deutsche Betriebsleitung erhalten sollten.

Churchill stützt Bevins Politik

London. — Clement Attlee sagte in einer Rede, die er in Leicester hielt, nach seiner Meinung bewiesen die scharfen Angriffe der Sowjetpresse gegen die übrige Welt die Schwierigkeiten, denen sich die Sowjetunion gegenübersehe. Auch die Länder Osteuropas seien von den Folgen des Krieges betroffen. Großbritannien, dessen Gedeihen vom Weltmarkt abhängt, habe sehr unter dem langsamen Wiederaufbau in den anderen Ländern gelitten. Die fortwährenden Angriffe in einem Teil der Presse und durch gewisse Gegner der Regierung machten deren Aufgaben noch schwerer.

Winston Churchill sprach auf einer Versammlung in Snaresbrook in Essex von der Arroganz der Labour-Regierung, ihren Rudeln von Beamten und ihren Tausenden von Bestimmungen, die verfehlt gehandhabt würden, was im britischen Nationalleben einen deutlichen Verfall zur Folge gehabt hätte. Eine Ausnahme mache die Außenpolitik Be-

vins, die eine Stabilität und Ausdauer erkennen ließe, welche günstig von dem abständen, was Bevins Kollegen im Mutterland täten. Indem er an seine Rede in Fulton erinnerte, warf Churchill der Sowjetunion vor, daß sie in den Nachbarländern intrigiere und die Arbeit der Vereinten Nationen durch den brutalen Gebrauch des Vetos lähme. Sie trage die Hauptverantwortung für den Mord an dem bulgarischen Patrioten Petkoff, dessen Hinrichtung eine Lektion wäre, welches Schicksal alle erwarte, die den Mut hätten, einer Scheinregierung zu opponieren, welche die Sowjets eingesetzt hätten. Churchill begrüßte die spontane gemeinsame Einstellung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gegenüber diesem beschämenden Justizmord. Er meinte noch, die Hälfte der Anstrengungen, die England in Palästina gemacht habe, hätte genügt, in Indien eine ruhige und friedliche Machtübergabe zu sichern.

Brücke zwischen den Völkern

Saarbrücken. — Der Verfassungsentwurf, den die vorläufige Verwaltungskommission des Saarlandes ausgearbeitet hat, besagt in der Präambel, das Volk an der Saar versuche nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches sein Gemeinschaftsleben kulturell, politisch, wirtschaftlich und sozial neu zu gestalten. Durchdrungen von der Erkenntnis, daß sein Bestehen und seine Entwicklung durch die organische Einordnung des Saarlandes in den Wirtschaftsbereich der Französischen Union gesichert werden könnten, im Vertrauen auf sein internationales Statut, das die Grundlage für sein Eigenleben und seinen Wiederaufstieg festlegen werde, gründe das Volk an der Saar seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die Französische Republik und die Währungs- und Zollfreiheit mit ihr. Dies schließt ein, daß das Saarland vom Deutschen Reich politisch unabhängig

sei, Frankreich die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Auslande übernehme, die französischen Zoll- und Währungsgesetze auf das Saarland angewendet würden, die französische Regierung einen Vertreter bestelle, der Verwaltungsrecht auf dem Gebiet der Wirtschaft und allgemeine Aufsichtsbefugnisse habe, sowie daß die Organisation des Rechtswesens die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gewährleiste. Der freigewählte Landtag des Saarlandes beschliesse daher nach Überwindung eines Systems, das die menschliche Persönlichkeit entwürdigt und versklavt habe, in Ehrfurcht vor Gott und um dem Frieden der Welt zu dienen, die Verfassung, die als Grundlage des neuen Staates Freiheit, Menschlichkeit, Recht und Moral verankern solle. Sendung des Saarlandes sei es, die Brücke zur Verständigung der Völker zu bilden.

Mut zur Verantwortung

Koblenz. — An der vierten Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU nahmen Dr. Adenauer, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer teil. In den Diskussionen kam zum Ausdruck, daß die CDU, die in allen Zonen vertreten ist, in besonderer Weise die Möglichkeit habe, den Willen zur deutschen Einheit nach außen hin zu vertreten. Der Neubau Deutschlands könne nicht durch überholte marxistische Doktrinen, sondern nur auf der Grundlage der persönlichen Freiheit und des sozialen Fortschritts erreicht werden. Die CDU werde sich ihrer Verantwortung auch angesichts der großen materiellen Not unseres Volkes nicht entziehen.

Ein Angebot vom 12. April 1944

München. — In dem Tagebuch des persönlichen Assistenten von Dr. Joseph Goebbels, Dr. Rudolf Semler, das jetzt in England unter dem Titel „Goebbels, the man next to Hitler“, veröffentlicht wird, kommt ein Memorandum vor, das der Minister am 12. April 1944 an Hitler gerichtet hat, um ihm eine Uebereinkunft mit der Sowjetunion vorzuschlagen. Danach sollten Rußland, Finnland und Nordnorwegen als Einflußgebiete überlassen werden. Deutschland sollte der Angliederung der baltischen Länder an die Sowjetunion zustimmen. Das „Generalgouvernement“ sollte bis zum „Warthegau“ an Rußland fallen. Die Zukunft der Tschechoslowakei sollte offen bleiben. Rumänien, Bulgarien und Griechenland sollten russische Einflußgebiete werden. Hitler hat von der Chance, die ihm sein Minister zeigte, keinen Gebrauch gemacht.

Die geheimen Zusatzprotokolle zu dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt vom 23. August und vom 28. September 1939 sind erstmals in Deutschland von der Münchner Zeitschrift „Echo der Woche“ veröffentlicht worden. Sie setzen die nördliche Grenze Litauens als Grenze der Interessensphären Rußlands und Deutschlands fest, die in Polen durch die Flüsse Narew, Weichsel und

San bestimmt wird. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen ließen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, wurde der späteren politischen Entwicklung überlassen.

Hoffnung auf Deutschlands Kraft

Paris. — Ministerpräsident Ramadier sagte in einer Rede in Mulhouse, Frankreich hege keine Rachedenken gegen Deutschland und wolle, daß auf beiden Seiten des Rheines menschliche Gefühle lebten. Damit aber die Zukunft Vergangenes nicht wiederbringe, müsse das auf deutschem Boden gesäte Unkraut ausgejätet werden. Frankreich hoffe zu einem Zeitpunkt, an dem Europa vor die Notwendigkeit einer Neugruppierung gestellt sei, daß Deutschland die Kraft aufbringen werde, sich selbst zu befreien. Europa könne seine richtige Konstellation nicht wiederfinden, wenn Deutschland nicht seinen Anteil leiste, doch dürfe Deutschlands Wiederaufbau nicht vor dem seiner Opfer kommen. Ohne ein Gleichgewicht in Europa könne auch die Welt ihr Gleichgewicht nicht wiederfinden.

Von französischer Stelle wird mitgeteilt, daß die Pariser Regierung nicht beabsichtige, auf der Londoner Konferenz der Außenminister die Fusion ihrer Zone mit der Bizone vorzuschlagen.

Vergrößerter Vatikanstaat

Vatikanstadt. — In den nächsten Monaten dürfte eine Revision der territorialen Klauseln des Lateran-Paktes in Angriff genommen werden. Das päpstliche Staatssekretariat will die Vergrößerung des Vatikanstaates anregen, da deren Bevölkerung in den letzten Jahren stark angewachsen ist. Vor allem haben während des Krieges zahlreiche Flüchtlinge dort Obdach gefunden. Die Wünsche nach einer Gebietsvergrößerung dürften das deutsche Hospiz einschließen, das während des Krieges von beiden Parteien als ein Teil der neutralen Vatikanstadt behandelt wurde.

Angst vor Brüning

J.S. Seit 1934 ist Heinrich Brüning in der Emigration. Als damals die Mordsee auch nach ihm griff, haben ihn wohlmeinende Freunde in Sicherheit gebracht, zu Schiff erst nach England und dann nach Amerika. Das ist jetzt über dreizehn Jahre her. Und in dieser ganzen Zeit hat man eigentlich nicht viel von ihm gehört, im Gegensatz zu manchen anderen Emigranten, die sehr viel von sich reden machten. Erst jetzt, da er fürchtet, die Wahrheit könnte, wenn er länger schwiege, leiden, und manche Vorgänge, die er aus nächster Nähe und nahezu unter vier Augen miterlebt hatte, könnten verzerrt in die deutsche Geschichte eingehen, äußerte er sich in einem längeren Briefe an die „Neue Rundschau“. Dieser Brief ist vielfach nachgedruckt worden und in seinen Grundzügen bekannt. Brüning hat sich darin auf eine reine Darstellung der Politik seiner Regierung von 1929 bis 1933 gegen den aufkommenden Nationalsozialismus beschränkt. Er geht weder auf die Zeit des Krieges ein, noch auf die derzeitige Situation, über die man so brennend gern seine Ansicht hören möchte. Denn immerhin hätte ein Mann wie Brüning darüber etwas mehr zu sagen, als die Legion politischer Schnattergänse, die mit ihrem Geschrei die Arena anfüllen.

Brüning war nie ein Mann der großen Worte. Nie sah man, daß sein blasses Gelehrtes, das eher zu einem Professor der Pastoraltheologie als zu einem Kanzler auf Bismarcks Stuhl gepaßt hätte, rot anlief. Nicht einmal damals, als ihm die große Enttäuschung seines Lebens widerfuhr, wie Hindenburg ihm nach einem Dreiminutengespräch zwischen Tür und Suppe den Laufpaß gab, gleich einem Hausdiener, über den sich einige Mieter beschwert hatten. Und er hatte sich, weiß Gott, doch schwer genug mit dem alten Herrn abstrapaziert. Niemand hätte es ihm verübelt, wenn er damals, am 1. Juni 1932, die Tür hinter sich zugeknallt hätte. Und niemand würde es ihm jetzt verübeln, wenn er das infame Kulissenspiel Papens und das Kartennischen der hochgeborenen Nachbarschaften, Klubfreundschaften und Regimentskameradschaften des jungen Herrn von Hindenburg näher beleuchtet hätte. Brüning tat es nicht. Er deckte den Reichspräsidenten ritterlich und entschuldigte alle seine menschlichen und, man muß es leider sagen, auch charakterlichen Unzulänglichkeiten mit der Schwäche des Alters und vorübergehenden „geistigen Zusammenbrüchen“. Er manipuliert also auch hier in seinem Briefe mit der „Zuckerzange“. „Er hat nicht begriffen, daß es vergeblich ist, mit der Zuckerzange gegen Leute zu kämpfen, die eine Axt schwingen“, sagt François-Poncet von ihm in seinen Erinnerungen.

Nichts in Brünings Brief deutet an, daß er die Absicht hat, wieder das politische Parkett zu betreten. Als er sich nach seiner Entlassung als Kanzler auch von dem französischen Botschafter verabschiedete, hatte dieser den

Eindruck, einen Mann vor sich zu haben, der sich zum erstenmal seit langer Zeit wieder frei und glücklich fühlte und dem ein Stein vom Herzen gefallen war. Bei einer Persönlichkeit mit einem so ausgeprägten Verantwortungsgefühl ist es verständlich, wenn er es als Erleichterung empfand, aus einer Verantwortung entlassen zu werden, die er nicht mehr tragen konnte. Sein klarer Verstand und die Einsicht in die Dinge ließen ihn nichts Gutes ahnen. Aber er hatte darüber nicht mehr zu befinden. Was dann kam, war schicksalhaft. Doch eines ist sicher, wenn sich Heinrich Brüning berufen fühlte, wiederum das Steuer in Deutschland in die Hand zu nehmen und, wenn Deutschland in der Lage wäre, die Männer zu bestimmen, denen es dieses Steuer anvertraut, und es würde Brüning dazu bestimmen — aber die Entscheidung darüber liegt bei den Alliierten —, auf jeden Fall, mit der Zuckerzange ginge es nicht mehr. Denn viel zu viele stehen schon wieder mit der Axt bereit. Allerdings diesmal nicht mehr unter dem Zeichen des Hakenkreuzes.

Brünings Brief oder allein die Tatsache, daß er einen geschrieben hat, hat nämlich bei vielen Leuten Mißfallen erregt. Man ist ihm in manchen Lagern nicht grün. Am meisten fürchtet man offenbar seine Wiederkehr im Lager der Linken und Ganzen. Die „Weltbühne“ hat es sogar für nötig befunden, ihre Leser dadurch vor Brüning gruseln zu machen, daß sie ihn kurzerhand in den Jesuitenorden versetzte. Aus den Ingredienzien Jesuitismus, Manchestertum und Hochfinanz backt sie einen Popanz zusammen, den sie Brüning nennt und ihren Lesern zum Fraße vorwirft. Als ob Brüning nicht gerade von der Rüstungsindustrie und der Hochfinanz gemeuchelt worden wäre! Der „Jesuit“ ist ein beliebtes Requisit politischer Propaganda-Akrobatik. Noch zu Bismarcks Zeiten konnte man damit bei nationalliberalen Rauschbärten und überhitzten Ladenschwengeln Eindruck machen. Aber schon die Gauredner des Dritten Reiches wagten es nur noch in den Zeiten der totalen Verfinsternung oder vor einem hinterwäldlerischen Publikum, dieses Gespenst aus der Rumpelkammer des Kulturkampfes zu zitieren. Der „Weltbühne“, wo ehemals Ossietzky und Tucholsky einen höheren geistigen Ehrgeiz entwickelten, steht ein solcher Rückfall in teutonische Urvätermethoden zweifellos nicht gut an. Sie sollte dies ihren Freunden größeren Schlags überlassen, die vielleicht auch gerne ihre Stimme im Kesselreiben gegen Brüning erschallen lassen möchten.

Heinrich Brüning gehört nicht dem Jesuitenorden an. Zwar ist er ein treuer Sohn der Kirche, aber er hat keinen Pferdefuß und trägt wohl eine Brille, aber keine Hörer. Er hat auch nicht Gift und Dolch in seinen Rocktaschen. Er ist nicht der Gottseibeiuns, als den sich jetzt zur Abwechslung in den volksdemokratischen Ländern aufgeklärte Geister einen Jesuiten vorstellen.

September 1947

er von „über-
gnung für den
en Deutschen
nisterpräsi-
eröffnet.
in Gold für
in der vor-
die Allgäu-
Heine Klöpfer
Sonthofen aus-
r Kölner Josef

EN WELT

Deutschland
rdinal Saliege,
von Lourdes,
auch in West-
schen Bischöfe
ten der „Erie-
Anschließend
Bischöfen vor-
Französischer
ahre 1933.

he zerstört
der 64 Meter
aus, das sich
ganz Nieder-
s nach neun
das Holzgebälk
nd größtenteils
n Johann Mi-
ei sind völlig
k ist ein Mei-
rößten Barock-
ursache wird
nen angegeben,
nd

Senat
einen eigenen
Pfarrer einer
shington), der
at. Das Gehet
protokoll auf-
etzten wörtlich:
wir dich, nimm
alle Abneigung
erstört. Nimm
hindert, Fehler
einander das
Augenblick des
Form erstarre,
z für jeden in
nen Erfahrung,
Hilfe bitten.“
nd

u Oktober eine
ugendbewegun-
sowjetisch, Hit-
en, Oesterreich
nd
Dozenten der
ematisch-natur-
Es wurde ihm
it.

ACHUNG

sen bei Kassel,
ole, 23 J., aus
taliener, 29 J.;
is K. Buchen-
33 J.; Cassa
Buchenswald;
aus Ebensee;
J.; Cavarihou
ario, Italiener,
omasz, Pole, 44

Frage: 33-3
18 Uhr an die
Ergebis, Er-
18 Uhr an die

Vorstellung
den Monat Otto-
ebenmittel-
der Ausgabe der
den Berberändern

gsgefangener

eben wurde. Inb
sitzen und Aus-
n (Militär) Pap-
auf die französische
e Ausübungsbef-
lungsmöglichkeiten
gefangenen der
militärischen Zuf-
enen militärische
gehandigt worden
n der Bundesgen-

infante und Kriegs-
gsgefangenen nur

orden, keine Re-
sion dieser Aus-
en Kriegsgefangene
eibungswegweise Ein-
träge können
angenehmsunters-
gerichtet werden,
berzweifeln und
des Befähig aus-
vorzulegen.
besaßt.
Einung genommen.
Militärbehörden ge-
banfswegig gefangen

eben aber glauben,
Sohn aus einer
den Vereinten
en oder Kredit-
ite Zweifelle der
tatische Erklärung
der Bundeszentral-
s notwendig sind,
eiseinheiten, zum-
beitsbauer Solche
en haben, können
organisierten Ge-
eneten dürfen keine
er Entlassungsgel-
teblich Anträge
der amerikanischen

gen Militärsch-
r Brinner of War
n und dabei alle

ehemaligen Kriegs-
taetilitäten benö-
nigen Bundes-
nützung und ihrem
e Stellung in Emp-
r Sonderbefehl von
ernehmen, wird es
nheiten, nicht gleich
e Banken nicht
aufzufrieren. Diese
eftreden.

t. Bippus, Rottweil

Wolfsburg, die „Stadt ohne“

G. W. Mitten auf ein leicht gewelltes Gelände von Aedern und Weiden in der Gegend des Städtchens Fallersleben baute man ein Jahr vor dem Krieg plötzlich zwei- und dreistöckige Wohnblöcke. Es geschah auf Führerbefehl. Einen Namen wußte man dem seltsamen Gebilde nicht zu geben; es erhielt nach dem genau so überstürzt errichteten Volkswagenwerk provisorisch die Bezeichnung „Stadt des KdF-Wagens“. Wolfsburg heißt die Stadt seit ihrer Namengebung durch die Amerikaner unmittelbar nach dem Zusammenbruch. Sie ist die „Stadt ohne“: ohne Kirche, ohne Bahnhof, ohne Post, ohne Schulen, ohne Krankenhaus. Alle diese Einrichtungen sind in Baracken untergebracht, die dringend, so baufällig sind sie, des Ersatzes durch massive Bauten bedürfen.

Wolfsburg ist die Stadt ohne Eigentum. Als es gegründet wurde, ging sämtlicher Grund und Boden in den Besitz der Deutschen Arbeitsfront über. Es gab in den Dörfern Rothenfelde, Heßlingen und Wolfsburg, auf deren Areal die Stadt emporwachsen sollte, keinen Privatbesitz mehr. Die Bauern und Handwerker mußten verkaufen. Auch heute noch ist die DAF, die treuhänderisch verwaltet wird, alleiniger Grundbesitzer. Nicht einmal die öffentlichen Straßen gehören der Stadt. Die Frage, wer eines Tages die öffentlichen Bauten errichten wird, deren die Stadt bedarf (3500 Schulkinder und 1700 Berufsschulpflichtige werden in Baracken unterrichtet), ist durch die Rechtsverhältnisse so kompliziert, daß sie in letzter Instanz nur der Kontrollrat in Berlin entscheiden kann. Wie könnte die Stadt bauen, da ihr nicht einmal der Boden gehört, auf

dem die Baracken stehen? Ihren einzigen Besitz, das Schloß Wolfsburg, einen Renaissancebau aus dem Ende des 16. Jahrhunderts, hat sie kürzlich für 700 000 Mark an das Land Niedersachsen verkauft, das hier Schwerbeschädigte, jugendliche Arbeiter und Jugendliche, die erzieherischer Ueberwachung bedürfen, unterbringen will. Sie alle sollen im Volkswagenwerk arbeiten.

„Diese Stadt ist gar keine Stadt“, sagt der Stadtdirektor, „sie will erst eine werden,“ und er spricht von Schwierigkeiten, die es mit der Leitung des Werkes gebe, die in ihr nur eine Art Werksiedlung sehe und ihre keine Selbstständigkeit zugestehen wolle. Unvermittelt stehen die alten kleinen Bauern- und Landarbeiterhäuschen, die baufälligen, noch heute dicht besiedelten Barackenstädte und die neuzeitlichen Wohnblöcke (mit modernen elektrischen Küchen und Fernheizung — ein Fiasko in der Strenge des letzten Winters) nebeneinander. Die viel zu breiten Straßen sind halbfertig, mit doppelten, asphaltierten Fahrbahnen, aber meist ohne Gehsteige. Brachliegendes häßliches Baugelände klappt dazwischen; Felder und Wiesen erstrecken sich unmittelbar bis an die Häuser. Seit zwei Jahren steht ein Bauabschnitt mit 80 Prozent fertigen Wohnungen un-

genutzt in Wind und Regen; es ist nicht möglich, ihn zu vollenden. Daneben wohnen in Baracken 1600 Menschen in Massenunterkünften. Beim Zusammenbruch bestand die Einwohnerschaft zu zwei Fünfteln aus Ausländern. Heute leben 23 000 Menschen in diesem Stadttorso. Mehr als 30 000 werden es vermutlich niemals werden. Demgegenüber stelle man sich vor, daß man von einem Ende des Ortes zum andern acht Kilometer zurückzulegen hat. Wie die Stadt, so hängt auch die Bevölkerung in der Luft. Keiner der Bürger hat Eigentum an Haus, Hof oder Land, nicht einmal einen Schrebergarten kann er besitzen.

Stadtdirektor Dr. Dahme ist kein Freund des Gedankens, daß etwa die Gewerkschaften den gesamten Besitz von der DAF übernehmen sollten; er meint, man solle der Stadt geben, was sie für die öffentlichen Gebäude brauche, und alles andere zum Kauf anbieten, damit private Initiative etwas schaffen könne. Das Volkswagenwerk, das sich in einem mächtigen Baublock von zwei Kilometer Länge am Mittellandkanal hinzieht, arbeitet voll (freilich vorerst fast nur für die Dienststellen der Militärregierung). Die monatliche Produktion ließe sich leicht auf 4000 Wagen steigern, aber Kohle und Stahl fehlen. 8000 Mann stehen heute hier in Arbeit. Dauernd verlangt das Werk nach neuen Fachkräften. Wolfsburg ist auch die Stadt ohne Arbeitslose.

DIE KURZE NACHRICHT

Deutschland aufgefordert
Deutschland, Japan und Korea wurden aufgefordert, Vertreter in beratender Funktion zur Teilnahme an der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen zu entsenden, die am 21. November in Havanna beginnen wird.

Luxemburgische Wünsche
Das Großherzogtum Luxemburg fordert kleinere Grenzberichtigungen im Kreis Bitburg. Luxemburg wird möglicherweise die in diesem Grenzstreifen lebenden Deutschen nicht übernehmen wollen.

Bedauernd abgelehnt
Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, hat die Einladung des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL zu seinem Kongreß nach USA zu kommen, ablehnen müssen. In seinem Telegramm sagte er, daß die Versorgung mit Fett und Kartoffeln in Westfalen besorgniserregend schlecht sei, und daß er sich deswegen nicht längere Zeit von seiner Arbeit trennen könne. Arnold wünschte der Tagung, sie möge zu einem Meilenstein auf dem Weg zur endlichen Befreiung der Menschheit von Furcht und Not werden.

Einladung nach Schweden
Dr. Kurt Schumacher wurde von den schwedischen Sozialdemokraten zu einem Informationsaustausch nach Schweden eingeladen.

Fleisch auf Vorrat
Das bayerische Staatsministerium für Ernährung hat mit der Hauptverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt vereinbart, an die Bevölkerung des Landes Bayern als Haushaltsvorrat 1000 Gramm Fleisch je Person auszugeben, wenn das Fleisch der notwendigen Viehschlachtungen durch den Mangel an Konservierungsmöglichkeiten nicht der staatlichen Vorratswirtschaft zugeführt werden könnte. Die Hauptverwaltung in Frankfurt sagt dazu, daß die Ausgabe von 1000 Gramm Fleisch in Bayern keine Sondervergünstigung wäre. Alle Fleischlieferungen nach Bayern wurden gesperrt.

„Eine deutsche Sache“
In Köln fand eine Besprechung zwischen Lord Pakenham und deutschen Ernährungsfachleuten statt. Dabei wurde bekanntgegeben, daß die britische

Militärregierung die Exekutivgewalt Dr. Schlange-Schöningen wesentlich erweitern wolle. Die englischen Stellen würden der deutschen Verwaltung alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die sich ihren Arbeiten in den Weg stellten. Die Verteilung sei Sache der deutschen Stellen. England hoffe, daß sich die deutschen Behörden ihrer großen Verantwortung bewußt seien.

An Rußland ausgeliefert
Graf Bassowitz-Behr, der von einem Militärgericht in Hamburg wegen der Anklage freigesprochen wurde, an der Tötung von sowjetischen Staatsangehörigen und Konzentrationslagerhäftlingen beteiligt gewesen zu sein, wurde an die Sowjetunion ausgeliefert. Graf Bassowitz hat einen Selbstmordversuch unternommen, als er davon erfahren hatte.

Bald abgeschlossen
Nach einer Erklärung der Zentralverwaltung für Umsiedler für die sowjetische Zone dürfte die Einschleusung der Millionen Deutschen aus den Ostgebieten noch in diesem Jahre abgeschlossen werden.

Urteil gegen Dr. Schmitt
Der Reichswirtschaftsminister und Preußische Handelsminister von 1933 bis Juli 1934, Dr. Kurt Schmitt, wurde von der Spruchkammer in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht. 15 Prozent seines Vermögens sollen eingezogen werden. Er erhielt zwei Jahre Bewährungsfrist.

Schwierigkeiten beim IRK
Auf der Konferenz der Internationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes forderten die slawischen Länder für sich eine vorzügliche Hilfe, weil sie am meisten unter der faschistischen Aggression gelitten hätten, sie weigerten sich aber, über die Verteilung der Spenden eine Kontrolle zuzulassen.

Eine große Differenz
Im Mai dieses Jahres begann das Rote Kreuz in Oesterreich mit einer Suchaktion nach Oesterreichern, die im Osten vermißt wurden. Das Rote Kreuz meldet nun, daß es sich etwa um 100 000 Vermißte handelt. Von sowjetischer Seite ist dem Innenministerium mitgeteilt worden, daß sich 45 000

Oesterreicher in Rußland befinden. Das Schicksal von 55 000 Menschen ist daher noch ungewiß.

Spurlos verschwunden
Nach einer Meldung des „Wiener Kurier“ ist der Wirtschaftsdirektor des Werkes Kirchen in Oesterreich, Bernhard, von einem Besuch im sowjetischen Sektor der Stadt nicht mehr zurückgekehrt. Alle Nachforschungen über seinen Verbleib sind bisher ergebnislos geblieben.

„Parodie auf die Justiz“
Nachdem Petkoff in Sofia hingerichtet worden ist, begann vor dem Sofioter Bezirksgericht ein Prozeß gegen 32 Offiziere der bulgarischen Armee, denen man vorwirft, mit der Bauernpartei Petkoffs zusammen einen antirepublikanischen Staatsstreich geplant zu haben. Der öffentliche Kläger forderte dabei für den General Stancheff und einen Obersten die Todesstrafe. — Auch die britische Regierung hat nun gegen die Hinrichtung Petkoffs protestiert. In der Note wird in scharfen Worten gesagt, daß das britische Volk betroffen sei über ein Gericht, das einen Menschen nur seiner politischen Ueberzeugung wegen zum Tode verurteilt. Die drei Richter und die beiden Staatsanwälte seien Kommunisten gewesen. Die drei von den Angeklagten gewählten Anwälte wären sofort festgenommen worden. „Die Art der Prozeßführung zeigt, daß das gesamte Verfahren nichts anderes war, als eine Parodie auf die Justiz“.

Prozeß gegen Manju
Das Datum für den Prozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden der aufgelösten rumänischen nationalen Bauernpartei, Julius Manju, der jetzt im 75. Lebensjahr steht, wird voraussichtlich am 15. Oktober in Bukarest beginnen.

Hirohito wurde entlastet
Im Kriegsverbrecherprozeß von Tokio wurde Kaiser Hirohito durch Generalstaatsanwalt Keenan von der Schuld am Ausbruch des Krieges im Pazifik entlastet. Ein von der Verteidigung aufgeführter und durch Keenan vernommener Zeuge hat erklärt, daß der Kaiser sich gegen die Fortsetzung des Krieges gewehrt habe, und daß er auch nicht in der Lage gewesen sei, den Angriff auf Pearl Harbour zu verhindern.

Die Glosse

Demontage der Demokratie

a. k. Der „Münchner Mittag“ hat als erstes deutsches Blatt seine Leser auf die Nachrichten des Rundfunks hinweisen müssen, wenn sie einigermaßen vollständig und schnell unterrichtet sein wollten, da die Zeitung die Gewähr dafür nicht mehr übernehmen könne. Vielleicht kann man einen Zusammenhang darin erblicken, daß dies geschah, nachdem der bisherige Chefredakteur des Münchner Senders Lizenzträger des Blattes geworden war. Es bleibt aber auf alle Fälle eine Bankrotterklärung der Presse aus Gründen, die nicht in ihr selbst liegen. Denn gleichzeitig hat die „Wirtschafts-Zeitung“ in Stuttgart ihre Bezieher bitten müssen, ihr doch Altpapier zu senden, wenn sie weiter beliefert werden wollten, da in der amerikanischen Zone die Buch- und Zeitschriftenverlage für das beginnende Quartal überhaupt kein Papier zugeteilt erhielten.

In allen vier Zonen wird Papierholz in großen Mengen gefällig. Es kommt aber den deutschen Zeitungen nur zu einem kleinen Teile zugute; am meisten immer noch in der Ostzone, von wo denn auch eine Ueberflutung des deutschen Zeitungsmarktes mit dem Gedankengut der SED erwartet wird, so daß sich die Zeitungsverleger der Bizonen bereits dagegen zur Wehr setzen zu müssen glauben. Dagegen könnte man sich schützen. Aber der Hinweis auf den Rundfunk bietet keineswegs überall die Gewähr für eine Nachrichtenauswahl und -bearbeitung, die den Wünschen und den Gesinnungen der Hörer entspricht. Man erinnere sich, daß etwa gerade in München die Rundfunkkommentare lange Zeit von Herbert Geßner verfaßt wurden, der inzwischen dahin gegangen ist, wohin er gehörte, nach Berlin nämlich, und dort in derselben Nummer der „Weltbühne“, mit der wir uns an anderer Stelle befassen müssen, mit einer netten kleinen Denunziation eines Kabarettis debütierte, das sich des Crimen laesa Majestatis gegenüber Wilhelm Pieck schuldig gemacht hatte. Entsprechend in der amerikanischen Zone schon die Haltung der Lizenzpresse nicht der Volkstimmung, wie sie sich in den Wahlergebnissen spiegelt (siehe „Umstrittene Lizenzpresse“ in Nummer 38 der „Schwäbischen Zeitung“ vom 13. Mai 1947), so gilt das in noch erhöhtem Maße vom Rundfunk. Die Besetzung Deutschlands hat nicht zuletzt den Zweck, zu gewährleisten, daß unser Volk nicht wieder totalitären Parolen verfällt, die es zu einer Gefahr für sich selbst und die Umwelt machen. Jüngst gebrauchte der Landtag von Nordrhein-Westfalen das Wort „Demontage der Demokratie“. Es klingt pathetisch und mißfälliger. Wenn aber die Arbeit der demokratischen Presse weiter so behindert wird wie bisher, dann kann es doch noch Wahrheit werden.

AM RANDE

Auf einer Funktionsstätte der SED in Leipzig wurde mitgeteilt, daß Austrittserklärungen nicht mehr entgegenzunehmen und die Betreffenden auf die Gefahr einer solchen Handlungsweise hinzuweisen seien. Die SED werde bald die Staatspartei der Ostzone sein und die bürgerlichen Parteien würden verschwinden.

Arbeiter, die für den Uranbergbau im Erzgebirge dienstverpflichtet werden, müssen ihre Zivilkleidung abgeben. Falls sie flüchten, können sie dann wegen Diebstahls der Arbeitskleidung oder, wenn sie ihre Zivilkleidung wiederzuerlangen versucht haben, wegen Einbruchs verfolgt werden. Bei der Kartenausgabe für die 196. Versorgungsperiode, die mit einer Kontrolle der Arbeitspässe verbunden war, wurden in Essen 6000 Lebensmittelpässe nicht abgeholt.

Aus den Vereinigten Staaten können nach allen vier Besatzungszonen Deutschlands von nun an gewöhnliche und Luftpostsendungen im Höchstgewicht von 400 Gramm versendet werden.

Schwäbische Zeitung

Redaktion: Albert Komma, Johannes Schmid.
Verlag: Schwäbischer Verlag, KG., Friedrichshafen, in Leutkirch. Druck: Rottweiler Verlags- und Druckereigenossenschaft, Rottweil.

Die Kannibalen von Krahira

Von Hermann Stresau

Muley Ibn Said, ein annoch unbekannter Verfasser eines interessanten Memoirenwerkes aus dem 15. Jahrhundert, erzählt darin folgendes, was wir in annähernd wortgetreuer Uebersetzung aus dem Arabischen wiederzugeben versuchen:

Von Zeit zu Zeit führten mich meine Reisen in die Stadt Krahira, welche, anmutig in einem fruchtbaren Tale gelegen, von den Schrecken des Krieges fast ganz verschont geblieben war durch die Gnade des Allbarmerherzigen. Ich besaß dort mehrere gute Freunde, mit denen ich die Abende zu verplaudern pflegte, ihre Gastfreierheit genießend sowie die Annehmlichkeit anmutiger Rede und geistvoller Gedanken. Denn es waren zumeist Schriftgelehrte, Kenner des Korans und der Dichtung, auch ein Astronom war darunter, und auf dem Altan meines Freundes Jussuf, des hervorragenden Annalenschreibers und Verfassers überaus vortrefflicher Gedichte, saßen wir, Sorbet schlürfend und den Tschibuk rauchend, monddurchglühte Nächte hindurch und ergötzen einander mit Gesprächen, in welchen Ernst und Scherz sich aufs köstlichste vermischten.

Ich sagte bereits, daß Krahira, eine Stadt von mittlerer Größe, von den Unbilden des Krieges, der so viele Städte in Schutt und Asche gelegt, fast nichts verspürt hatte, soweit es den Besitzstand der wohlhabenden und in Muße lebenden Einwohner betraf. Ihre Häuser waren unbeschädigt geblieben, ihre Gärten blühten in unversehrt Fruchtbareit, und selbst der Mangel an Lebensmitteln ward hier nicht in so unerträglichem Maße spürbar wie anderwärts, da viele Einwohner sich aus ihren Gärten ernährten und überdies gute Beziehungen zu den Bauern der

Umgegend pflegten, welche, die regelnden Bestimmungen des Kalifen (Allah segne ihn!) umgehend, den Städtern gern ihre Erzeugnisse gegen gute Kleider, Teppiche, kostbare Geschmeide und ähnliche Dinge eintauschten, so daß manch ein Bauerlein zu ungeahntem Wohlstand gedieh, während die Gespräche der Städter beherrscht wurden von dem Stand ihrer Tauschgeschäfte. Meine Freunde indessen verachteten diese Gespräche; nicht als ob sie nicht hier und da auch von der Möglichkeit einen bescheidenen Gebrauch machten, gegen einen entbehrlichen Seidenschal oder eine nicht ganz kostbare Mokkassase ein Viertel Ziegenlamm einzutauschen, um ihrer Gastlichkeit keinen Abbruch zu tun und der mageren Kost ein wenig aufzuhelfen, — das sei ferne! Aber sie behandelten derlei Geschäfte leichtthin als etwas Beiläufiges, worüber eine kleine Weile zu lachen oder zu schmunzeln allenfalls statthaft sei, wie sie sich überhaupt dazu anhielten, die Würde eines wahren Moslems und Gläubigen des Propheten nicht untergehen zu lassen in den Begehrlichkeiten des Bauches, der, wie man weiß, der Vater der Trübsal ist. So erheiterten sie sich eher über viele ihrer Mitbürger, die bereit waren zu jammern, wenn ihnen dieses oder jenes abging, und gleich Hamstern ihre Vorräte bewachten und sowohl gegen Diebe zu sichern suchten wie gegen die zahlreichen, während des Krieges aus anderen Gegenden hierher übersiedelten, größtenteils besitzlosen Flüchtlinge.

Diese Flüchtlinge, welche die Zahl der Einwohner Krahiras nahezu verdoppelt hatten, bildeten für diese in der Tat fast die einzige wirkliche Belastung, die sie dem Kriege verdanken mochten. Sie waren zumeist besitzlos, da sie in ihren Heimatorten alles verloren hatten, was Gott und ihr Fleiß ihnen geschenkt. Sie mußten ernährt, vielfach sogar

bekleidet werden, und was in den Augen der Krahiraner das Schlimmste schien: sie mußten Herkunft finden, so daß kaum ein Haus von der unwillkommenen Einquartierung verschont blieb, wie die Anordnungen des Kalifen — Allah schenke ihm Gesundheit! — es vorschrieben nach dem Ausspruch des Propheten: übe Milde gegen den, der Not leidet, auf daß auch du Milde erfahrest vor dem Allwissenden. Wie erstaunt aber war ich, als meine Freunde eines Abends, als wir auf Jussufs blumenumrankten Altan die duftende Mondnacht genossen, viele Geschichten erzählten von der Hartherzigkeit der Krahiraner nicht nur, sondern von den seltsamsten Erscheinungen der Diebesangst und der Scheelsucht. Ich fragte die Freunde, ob die Krahiraner nicht miteinander wetteiferten in der Milde und liebevollen Hilfe gegen die Unglücklichen, die der Krieg so hart betroffen, da jene ja allen Grund hätten, ihr Glück zu preisen und Allah zu loben, der sie so gnädig verschont. Oh ja, erwiderten sie, die Zahl derer, die eine offene Hand bewiesen, sei nicht ganz gering. Aber sie träten in den Schatten der Stille gegenüber denjenigen, die da glaubten, Allah habe ihnen um ihres Besitzes willen so viel Huld erwiesen.

Ist es möglich, rief ich, daß ein Moslem der vierten Sure des Korans vergißt, worin der Prophet verkündet hat: die Geizigen und die, welche auch anderen Menschen Geiz anraten und das verheimlichen, was Gott in seiner Güte ihnen zuteil werden ließ, sind Ungläubige, und für sie ist schimpfliche Strafe bestimmt? Oder die Worte der 102. Sure: Ihr wollt nur mehr Geschlecht und Habe, und gehet darüber zu dem Grabe?

Hier begann Ahmed, der sprachkundige Gelehrte, der die Schriften vergangener Völker des Abendlandes erforscht und ausgelegt hat, mit leiser Stimme zu sprechen:

„O Muley, du Weitgereister, gut kennst du den Koran. Aber ich fand erst gestern in der Schrift eines Weisheitslehrers jenes Volkes, welches die Römer genannt wurde und einst die ganze Welt beherrschte, den Satz, daß die Glücklichen und jedes Mißgeschicks Ungewohnten ein überaus empfindliches Gemüt besitzen und, wenn nicht alles nach Wunsch geht, durch die geringste Kleinigkeit niedergeschmettert werden. Derselbe Weise sagt in seinem Buche, daß mit dem letzten Tage des Lebens auch das beständige Glück dahinschwinde. Meinst du, der Ungläubige habe solches gesagt, ohne tiefe Blicke in die Seltsamkeit so vieler Menschen getan zu haben, die, wie es scheint, sich überall und zu jeder Zeit wie die Narren aufzuführen?“

„Nicht wie die Narren, mein Achmed,“ fiel hier Mahmud ein, der Großkaufmann und Beschützer der schönen Künste, — „nicht wie Narren, sondern wie Kannibalen benehmen sie sich. Du mußt wissen, o Muley, was ist die Bezeichnung, die wir für diese Menschen gefunden haben: die Kannibalen von Krahira.“

„Aber was tun sie denn, diese Kannibalen?“ fragte ich ungeduldig. „Ihr spracht von Seltsamkeiten der Diebesangst?“

„Seltsam fürwahr,“ sprach Auda Ibn Ali, der Astronom, welcher selber ein Flüchtling war und außer einigen Tabellen, die er errettet, nichts sein eigen nannte, — „seltsam kann man wohl sagen, benehmen sie sich. Siehe, ich habe mit meinem Weibe und meinen Kindern eine kleine Wohnung gefunden in dem Hause eines Krahiraners, der über gute Beziehungen zu den Bauern verfügt. Ich kann mich solcher Beziehungen nicht erfreuen, denn ich habe nichts zu bieten als meine Kenntnisse. Mein Hauswirt ist kein unfreundlicher Mann, aber die Größe seiner Vorräte muß ihm den Sinn verwirrt haben.“

(Fortsetzung folgt)

Umschau im Kreis Calw

Calw. — Das Amtsgericht verurteilte eine Bäuerin zur Geldstrafe von 200 Mark, da ihr angeblich das Mißgeschick widerfuhr, in der Eile Milch in die Kanne zu schütten, in der sich noch Schwenkwasser vom Vorabend befand. — Ein Mann aus C. hatte sich ein Fahrrad entliehen, um in die Heidelbeeren zu fahren. Im Wald versteckte er das Rad zwischen den Bäumen und schloß es ab. Als er abends heimfahren wollte, war es verschwunden. Eine jugendliche Elster hatte es „gefunden“ und hatte sich die Mühe gemacht, es 2 km durch den Wald zu tragen, um es später dem Bürgermeister als Fundsache abliefern zu wollen. Einem Polizeibeamten gegenüber hatte sie ihren „Fund“ weggelassen, da sie diesen angeblich zur Entgegennahme von Fundsachen nicht für zuständig hielt. Das Gericht erkannte auf 3 Wochen Jugendarrest.

Calw. — Die Laienspielgruppe Calw wird am 4. Oktober um 20 Uhr mit einem bunten Werbeabend in der Stadthalle an die Öffentlichkeit treten. Die Bevölkerung von Calw und Umgebung ist herzlich eingeladen. Der Reinertrag des Abends soll dem sozialen Hilfswerk zufließen.

Neuenbürg. — Wohnraumfragen. Die Stadtgemeinde beherbergt zur Zeit 54 Evakuiertenfamilien und 64 ausgewiesene Personen. Dem allgemeinen Wohnraumangel stehen immer noch etwa 50 Wohnungssuchende gegenüber. Es bereitet der Behörde nicht wenig Sorge, diese unterzubringen.

Neuenbürg. — An den Folgen einer schweren Verletzung, die sie beim Reissammeln im Gemeindefeld Engelsbrand durch einen fallenden Baum erlitten hat, ist die Arbeiterin Gertrud Hauff von Engelsbrand im hiesigen Krankenhaus gestorben.

Wildbad. — Ein Arbeiter von hier nahm die sich bietende Gelegenheit wahr und kaufte von einem Kollegen ein Fahrrad für 200 Mark in bar und 15 Schachteln Zigaretten. Nun stellte sich heraus, daß es sich bei dem Fahrrad um gestohlenen Gut handelte. Der Vermittler des Kaufes hat sich noch der Hehlerei schuldig gemacht.

Hirsau. — Letzte Woche fand in der Kirche allabendlich ein Evangelisationsvortrag statt, der überaus gut besucht war. Pfarrer Braun, der volkstümliche Evangelist und Jugendseelsorger, stellte die Zuhörer immer neu vor die Wirklichkeit Gottes und zeigte den Weg zu einem Leben, das im Ewigen wurzelt und von keiner zeitlichen Sorge und Not entmachtet werden kann. Auch die sich den Vorträgen anschließenden Jugend-

zusammenkünfte waren gut besucht und der Redner verstand es auch hier, mit der weithin hoffnungslosen Jugend in ein fruchtbares Gespräch zu kommen und ihr neuen, hoffnungsvollen Lebensgrund aufzuzeigen.

Nagold. — Der bekannte und verdiente Kreisbaumwart Heinrich Walz von hier konnte dieser Tage sein 25. Dienstjubiläum begehen. Er hat durch unermühten Einsatz der Obstbau in unserem Kreis auf eine beachtliche Höhe gebracht.

Zavelstein. — Von Dänemark kommend, ist in unserer kaum 300 Einwohner zählenden Gemeinde wiederum eine vierköpfige Flüchtlingsfamilie eingetroffen. Herzlicher Empfang und gute Unterkunft haben auch diesen heimatlos gewordenen Menschen wieder neue Hoffnung gegeben. Zavelstein beherbergt nunmehr 14 Ostvertriebene. — Kirchenpfleger J. Bohnenberger, der auch als Stadtrat hier sehr geschätzt ist, konnte dieser Tage seinen 71. Geburtstag begehen.

Würzbach. — In der Dunkelheit wurden in Würzbach verschiedene Einbrüche verübt, so bei Bürgermeister Burkhardt und Milchfuhrmann Lutz. Die Diebe, die sich zuvor erfolglos Zugang in die Keller einiger Bauernhäuser zu verschaffen suchten, nutzten in beiden Fällen die sich bietende Gelegenheit und schafften sämtliche vorhandenen Lebensmittel fort. Es ist zu vermuten, daß es sich hier um dieselbe Diebesbande handelt, die schon im letzten Herbst und Winter verschiedene Orte in der Nähe der Kreisstadt heimsuchte.

Schwann. — Im Verlauf der letzten Nächte wurde auf hiesiger Gemarkung ein Mann beim Obstschütteln ertappt. Der also Ueberraschte hatte bereits 4-5 Zentner Aepfel beisammen, die ihm wieder abgenommen wurden.

Holzbrunn. — Kindern und Eltern unserer Gemeinde wurde die große Freude zuteil, Lehrer Rudolf Beck als Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft begrüßen zu können. Lehrer Beck wirkte bereits über ein Jahrzehnt an der hiesigen Schule.

Waldrennach. — Ein kaufmännischer Angestellter der Firma Fr. Beck mußte festgenommen werden. Es wird ihm vorgeworfen, 100 000 Mark Betriebsgelder veruntreut zu haben.

Wachendorf. — Ein Einwohner stürzte beim Obstschütteln infolge Brechens eines Astes aus etwa 8 Meter Höhe und brach den rechten Unterarm. Der Verunglückte mußte sich vorübergehend in die Chirurgische Klinik nach Tübingen begeben.

Aus dem Wildbader Gemeinderat

Lenkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer — Erhöhung des Bürgernutzens

Wildbad. — Nach der vom Landratsamt gemachten Einwendung zum Haushaltsplan 1947 bis 1948 wird einstimmig beschlossen, den Hebesatz für die Gewerbesteuer von 340 Prozent auf 300 Prozent ab 1. April 1947 zu senken. Der Einnahmeausfall wird mit 7500 Mark veranschlagt. Bei einer Stimmhaltung wird die Erhöhung des Bürgernutzens von 5 Mark auf 20 Mark beschlossen. Durch den erhöhten Holzeinschlag zur Zeit ergibt sich naturgemäß auch eine Mehreinnahme. Diese Mehreinnahme darf aber nun nicht, wie früher üblich, prozentual für die Erhöhung des Bürgernutzens und der Waldrücklage verwendet werden, sondern sie muß nach einer Verfügung der Waldrücklage restlos zugeführt werden. Daher beschließt der Gemeinderat, den erforderlichen Mehrbetrag für die bejülligte Erhöhung des Bürgernutzens in Höhe von 11 250 Mark zunächst durch eine Verminderung an der Rücklage im Ressort „Straßen und Wege“ auszugleichen, aber für einen anderweitigen Ausgleich bemüht zu bleiben. Durch den infolge der anhaltenden Trockenheit verursachten Futtermangel wird vom Farrenhalter Schraff angeregt, die Farrenhaltung vorübergehend von zwei auf einen Farren zu reduzieren. Ein Farren soll geschlachtet werden. Für die Parzellen wird die Anschaffung eines fehlerfreien Farren gutgeheißen. Für die Unterbringung der Stadtbücherei wurde vom Stadtbauamt der Sitzungssaal im alten Rathaus vorgeschlagen. Das Kollegium stimmt dieser Platzwahl einstimmig zu. Es mußte wahrgenommen werden, daß gar manches der ausgeliehenen Bücher trotz der Aufforderung nicht wieder zurückgegeben wurde. Die von der Stadt beschafften Sparherde, welche an Flüchtlinge abgegeben wurden, sollen auf Vorschlag von Stadtbauamt Bischoff an diese zum Kauf abgegeben werden und wo dies nicht möglich sein sollte, oder nicht gewünscht würde, eine Abnützunggebühr erhoben werden. Bei Wegzug behält sich die Stadt das Rückkaufsrecht vor. Diese Anregung wird gutgeheißen. Der Beitritt der Stadt zu dem neu zu gründenden Verband der Gas- und Wasserwerke wird beschlossen. Auf die Ausführungen im letzten Gemeinderatsbericht, wonach es immer noch Leute gäbe, die ohne entsprechende Arbeitsleistung ihre Meldekarte abgestempelt bekommen würden, hat sich das Arbeitsamt gekennfertigt. Der Leiter der Nebenstelle Wild-

bad, Schwizgäbele, gab zu jedem einzelnen Fall der vom Gemeinderat benannt wurde, wie auch zu den weiteren, die von der Ortsgruppe der KPD gemacht wurden, einen ausführlichen Bericht. Auf Grund der vorgelegten Atteste und sonstiger Bescheinigungen, die mitunter Kopfschütteln veranlaßten, mußte von allen Mitgliedern des Kollegiums erkannt werden, daß von Seiten des Arbeitsamtes alles getan wurde, was in dieser Angelegenheit möglich war. Auf eine weitere Einwendung, daß es auch Leute gäbe, welche nur gegen Monatsende einer Arbeit nachgingen, bis sie ihre Meldekarte abgestempelt bekommen hätten, erwähnte Schwizgäbele, daß er dies natürlich nicht kontrollieren könne. Er bitte aber darum, daß ihm solche Fälle, wo sich ein Arbeitgeber in leichtfertiger Weise zu so etwas herbeige, gemeldet werden. Stadtrat Waidele regt an, sich dafür einzusetzen, daß den Pferdebesitzern Futtermittel zugewiesen werde, damit das Brennholz nunmehr beifahren werden kann. Schließlich wurde noch ein bedauerlicher Vorfall besprochen. Am letzten Wochenende war hier kein Mietauto aufzutreiben, um einen in Lebensgefahr befindlichen Mitbürger ins Krankenhaus zu fahren. Die von einem Milchautobesitzer gemachten Begründungen für seine Ablehnung der Fahrausführung wird schärfstens gerügt. Die Glocke vom ehemaligen alten Rathaus wird der Parzelle Spollenhaus bis zur Beschaffung neuer Kirchenglocken überlassen. e.

Amtsschimmel in Grün?

Die anhaltende Trockenheit hat sich auf die bäuerliche Viehwirtschaft sehr verhängnisvoll ausgewirkt. Es gibt Gemeinden im Kreis Calw, in denen seit Monaten kein Grünfutter eingeholt werden konnte. Die Bauern waren genötigt, die Wintervorräte an Heu und Stroh vorzeitig zu verfüllen, wenn sie das brüllende Vieh in den Ställen ausreichend mit Futtermitteln versorgen wollten. Um Stroh, das in normalen Jahren zur Streu verwandt wird, für Futterzwecke einzusparen, griff mancher Bauer zur Selbsthilfe und ging in den Wald, um Waldstreu zu holen. Er tat dies aus Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesamtwirtschaft. Wenn der Bauer nämlich genötigt wäre, sein Vieh im Laufe des Winters wegen Futtermangel abzustößen, so würde man das recht bald in der ohnehin spärlichen Versorgung an Milch und Fett zu spüren bekommen. Es wurde deshalb auf der letzten Bürgermeister-Dienstbesprechung besonders begrüßt, als der anwesende Minister für Ernährung und Landwirtschaft den Landwirten den Rat gab, alles Stroh für Futterzwecke zu verwenden und sich die nötige Streu im Walde zu beschaffen. Er meinte, der gegenwärtige Notstand in der Viehwirtschaft rechtfertige es vollauf, wenn der Bauer entsprechende Notmaßnahmen ergreife und in diesem Falle das Stroh für Futterzwecke und sich Laub und Moos zum Streuen einhole. Auch der Kreisobmann für Landwirtschaft, Landtagsabg. Mast, teilt diese Ansicht. Man dürfe wohl der Überzeugung sein, daß die zuständigen Behörden ebenso Verständnis aufbringen werden. Aber da hat man ihnen doch zu viel zugemutet. Vor uns liegen Briefe von Bauern, die mit Erlaubnis ihres Bürgermeisters in den Wald gingen, um Streu zu holen. Sie wurden von der Forstbehörde dabei ertappt und wieder nach Hause geschickt, natürlich unter Androhung einer entsprechenden Strafe! Wir wollen nicht entscheiden, ob ein Bürgermeister die Ausnahme genehmigung ertei-

Im Bannkreis

Der Materialismus ist die Riesenversuchung der Gegenwart. Was gilt das Gute, das Geistige noch? Ist nicht jede Diskussion über höhere Werte und unvergängliche Güte schon weithin sinnlos geworden unter uns? Endet nicht jedes Gespräch und alles Denken und Trachten immer wieder in einem luftleeren Raum, hinter dem die große Versuchung lauert? Dreht sich nicht unser ganzer Mensch in einem ewigen Kreislauf um die Sorge der Fristung unserer nackten Existenz, um Essen und Kleidung? Wo geschieht denn noch etwas Hohes und Großes ohne Spekulation nach Posten und Werten? — Es ist deutlich geworden, daß nicht nur die Reichen, die Besitzenden dem Materialismus verfallen können, sondern daß dies Gespenst alle in seinen Teufelskreis zieht, deren Grundsatz ist: Nur Haben!

Die äußeren Werte sind im Schwinden begriffen. Wir leben aus der letzten Substanz. Bald werden wir nur noch das besitzen, was wir sind! Soll denn dies Allerletzte in der Sucht nach Besitz auch vollends untergehen? Gewiß, wir haben noch viele Menschen, Bauern und Arbeiter, Handwerker und Beamte, die schlicht ihre Pflicht tun und ihre Hände nicht mit unlauteren Geschäften beschmutzen. Nicht wenige von ihnen stehen in einem verzweiflungsvollen Kampf gegen den Hunger. Aber kein verbotener Weg wird beschritten. Bei kärglichem Brot erfüllen sie treu und gewissenhaft das auftragene Werk.

Materialist sein heißt: am irdischen Besitz kleben, sich selbst genug sein, sich nur um das Leibliche sorgen und nie auf die Höhen des Geistes treten. Gewiß haben wir ein Recht, uns zu freuen, über das, was wir erarbeiten. Aber wahre Freude wird nicht durch Fleiß und Geld erkaufte, sondern ist ein Geschenk. Ein Durchleuchteln von den reinsten Kräften des Lebens! Wieviele Gedanken kreisen bei uns aber um reine Kräfte und unvergängliche Werte? Leiden wir alle nicht immer wieder darunter, daß wir uns nicht aufschwingen können in die Welt des Guten und Bleibenden?

Und gibt es einen Weg aus den Niederungen, in denen wir uns letztlich doch nie richtig zu

Hause fühlen? Können wir das Gespenst hängen, dem Materialismus entrinnen und wieder Menschen der Freiheit des Geistes werden? Man kann einen Brand nicht löschen, wenn man Benzins ins Feuer gießt. Mit menschlichen Mitteln werden wir aus dem Bannkreis des Materialismus nicht wieder herauskommen. Wir müssen unser Leben in den Tiefen des Ewigen verankern. Dann werden wir frei! C. F. M.

Neuwahl des Bürgermeisters

Wildbad. — Auf Anordnung des Landratsamtes findet für die Restzeit bis 30. September 1947 die Bürgermeisterneuwahl am Sonntag, 26. Oktober statt. Die Wahlvorschläge sind bis 6. Oktober einzureichen. Es können sich jedoch Bewerber bis zum Tage der Wahl melden. — Die Wildbader Bevölkerung erwartet mit Spannung die Kandidatenliste, um sich den Mann auszusuchen zu können, dem sie die Geschicke der Kurstadt anvertrauen will.

Für die Hausfrau

Es gibt Teigwaren. Für den Monat September gibt es noch für alle Normalverbraucher und NV. in Gemeinschaftsverpflegung 250 g Teigwaren auf Abschnitt 36 der Lebensmittelkarte. Die Schwerarbeiter der 1. und 2. Kategorie erhalten auf ihre Lebensmittel- und Zulagekarten 250 g (auf Abschnitt 191 bzw. 291), die der 3. Kategorie 500 g auf Abschnitt 391. Nährpräparat für Kinder. Die Kinder der Normalverbraucher und Gemeinschaftsverpflegung bekommen je 1 Beutel Milvana-Nährpräparat auf Abschnitt 37. Zündholz zuteilung. Die Hausfrauen der Selbstversorger und Normalverbraucher dürfen sich über die kommende Zündholz zuteilung freuen, wobei alle Personen über 18 Jahren und die Kleinsten bis zu 3 Jahren je eine Schachtel erhalten werden. Waschmittel. Es ist vorgesehen, an alle Verbraucher über 3 Jahre 1 Stück Einheitsseife sowie Waschpulver zur Verteilung zu bringen. Den Kleinkindern bis zum 3. Lebensjahr sind gar 1 Stück Einheitsseife und 1 Stück Feinseife, dazu 2 Pakete Waschpulver zugezählt.

Reisemarken, die den Aufdruck „E. D. Franz. Zone Mai, Juni, Juli 47“ tragen, gelten noch bis einschließlich 31. Oktober 1947.

Der Kreis Horb berichtet

Wieder ein Viehmarkt in Sulz

Sulz. Am letzten Freitag fand in Sulz zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren wieder ein Viehmarkt statt, zu dem zwar nicht so viel Vieh wie in früheren Jahren aufgetrieben war, aber immerhin hat sich dabei gezeigt, daß das Bedürfnis für einen Viehmarkt vorhanden ist. Vorgesehen war ein sogenannter Viehumtauschtag für die oberen Kreisgemeinden, bei dem Schlachttiere gegen Nutzvieh umgetauscht werden konnten. Bei den Viehablieferungen hat sich in den einzelnen Gemeinden gezeigt, daß es in vielen Betrieben, besonders in den Kleinbetrieben, unmöglich ist, ein Stück Vieh wegzunehmen, weil sie zum Zugdienst benötigt werden, obwohl diese vielleicht wegen schlechter Milchleistung oder Nichtträchtigkeit oder hoheren Alters als Schlachttiere in Frage kämen. Diesen Betrieben sollte bei dem Viehumtauschtag die Möglichkeit gegeben werden, ein Nutzvieh aus Betrieben zu erhalten, die nur Nutztiere und keine Schlachttiere haben und dadurch ihrer Fleischumlage nicht nachkommen können. Durch den Viehtausch haben diese Landwirte die Möglichkeit, ein Schlachtvieh zu erhalten oder besser gesagt, wird für diese ein Schlachtvieh abgeliefert von dem Landwirt, der das Nutztier erhält. Auch überzählige Nutztiere und Jungtiere, die noch nicht als Schlachttiere in Frage kommen, können aufgetrieben werden. Durch diese Viehumtauschtag soll wieder ein Viehausgleich in den einzelnen Betrieben möglich sein. Besonders in diesem Herbst, wo für viele Betriebe der Futtermangel zum Viehverkauf zwingt, sollte von dieser Verkaufsmöglichkeit Gebrauch gemacht werden. Mit diesen Viehumtauschtagen soll wieder der Grund für die großen Viehmärkte gelegt werden. Es ergeht deshalb an alle Landwirte die Aufforderung, mit ihrem Vieh den Markt zu besuchen, denn je mehr Vieh auf die einzelnen Märkte kommt, um so mehr Käufer kommen auch. Der geringe Viehauftrieb war Schuld daran, daß die Viehmärkte nicht mehr von so vielen Landwirten und Händlern besucht wurden wie in früheren Zeiten. Je größer der Markt, umso größer ist die Auswahl unter den Tieren und mit dieser erhöht sich auch die Zahl der Käufer.

Es ist vorgesehen, den nächsten Umtauschtag in Horb zu veranstalten und die Landwirte werden jetzt schon aufgefordert, ihn aus allen Gemeinden zu beschicken und so die Grundlage zu schaffen für einen Großviehmarkt. Die vielen Kleinmärkte können und dürfen nicht das Ziel der Landwirtschaft sein. Mit ihnen kann auch künftig kein Viehausgleich gemacht werden. Wenn früher der Auftrieb des Viehes auf weitere Entfernung schwieriger war, so dürfte dieser künftig nicht mehr ein Hindernis bilden, nachdem in vielen Gemeinden Viehtransportwagen vorhanden sind. Der Viehmarkt soll nicht nur ein Treffpunkt für die Landwirte sein, sondern ein Tag der Orientierung über den Wert oder Unwert seines Tierbestandes.

Horb. — Eine Polizeistreife mußte ein Auto das eine Ladung von 10 Raummeter Holz führte, beschlagnahmen und sicherstellen. — Ein anderer Fahrer, der auf eigene Rechnung Holz führte und es tauschen wollte, wurde ebenfalls von der Polizei gestellt. Er muß nun zur Strafe 14 Tage für den Kreis Horb mit seinem Auto ohne Bezahlung Lebensmittel transportieren. N. R. W. u. H. S. haben 160 Pfd. Gerste u. Weizen vom Fruchtspeicher des Hospitals. Sie hatten beim Fortschaffen des Getreides kein Glück und wurden in der Stadt von einem Polizeibeamten erwischt. Die Angeklagten bekamen je 1 Monat Gefängnis, die mitbeteiligten zwei Frauen je eine Geldstrafe von 100 RM.

Untertalheim. — In russischer Kriegsgefangenschaft ist Johannes Klink (Sohn des Landwirts Rudolf Klink) durch einen Autounfall zu Tode gekommen. Der Verunglückte hatte den zweiten Weltkrieg von Anfang an mitgemacht. Der trauernden Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Sigmarswangen. — In Gemeinschaftsarbeit wurde der Sportplatz des hiesigen Vereins erstellt. Der Platz entspricht in jeder Weise den Anforderungen, die an einen idealen Sportplatz gestellt werden müssen. Der Gemeindeverwaltung sowie allen Freunden und Gönnern, dem vorläufigen Vorstand und dem vorläufigen Sportbeauftragten des Vereins gebührt die tatkräftige Unterstützung.

Holzhausen. — Sieben Burschen und die Gemeinde Holzhausen ärgerten sich seit langem über einen Mitbürger, der sein „Häuschen“ in einer für ihn günstigen, für die Gemeindebewohner aber weniger erfreulichen Lage abseits seines Hauses aufstellte. Die sieben Schwaben gingen am 1. Mai hin und steckten ihrem Mitbürger in der Form einen Maien, daß sie seinen „Thron“ mitten auf den Marktplatz trugen und mit einer großen Tafel verzierten. Das Gericht war nicht humorlos, sah aber doch in dieser Tat eine Beleidigung eines älteren Mitbürgers und erteilte den fünf jüngeren Leuten als Lehre einen kurzen Freiheitsarrest und den beiden Älteren eine Strafe von 10 Mark.

Dettingen (Hohenz.). — Hier haben sich zwei Vereine, der Gesangverein und der Sportverein neu gebildet. Der Gesangverein mit einer stattlichen Zahl junger Kräfte übt unter seinem Leiter Max Beuter und dem Dirigenten Josef Sicker allwöchentlich sehr fleißig. Was wir bisher von ihm gehört haben, ist recht befriedigend, die Leistung ist für eine Landgemeinde beachtenswert. — Der neue Sportverein mit den Sparten Fußball, Handball für Männer und Frauen und Leichtathletik stehen noch im Anfangsstadium. Die Fußballer haben sich noch nicht recht eingespielt. Die Leitung mit Alois Hellstern an der Spitze steht vor schwierigen Aufgaben. Man darf die Hoffnung hegen, daß er Einigkeit in den Sportverein bringen wird. Der Damenhandball ist auf der Höhe und scheint den Fußball zu überflügeln.

Veranstaltungen im Kreis Calw

- 30. 9. 47 Wildbad Der fidele Bauer, Stadttheater Pforzheim
30. 9. 47 Altensteig Streifzug durch Oper und Operette, Konzert-Tournée Konstanz
1. 10. 47 Nagold Streifzug durch Oper und Operette, Konzert-Tournée Konstanz
3. 10. 47 Neuenbürg Die drei Dortheiligen, Bauernschwank, Bösen-Bauernbühne
4. 10. 47 Höfen Streifzug durch Oper und Operette, Konzert-Tournée Konstanz
4. 10. 47 Conweiler Die drei Dortheiligen, Bösen-Bauernbühne
4. 10. 47 Calmbach Im weißen Rössel, Stadttheater Pforzheim
5. 10. 47 Calw (Vereinshaus) Lieder- und Balladen-Abend, Willy Rosenau mit Prof. Lang am Flügel.

